



Niederschriftsauszug

Sitzung des Orsrates des Gemeindebezirkes Ludweiler vom 25.03.2019

Top 2.1 Beratung des Haushaltsentwurfes 2019/2020

Herr Groß gibt hierzu allgemeine Informationen. Er erklärt, dass der 1. Entwurf des Haushaltsplanes bereits im November 2018 verschickt wurde. Dieser beruhte allerdings noch auf der Annahme, dass die Grund- und Gewerbesteuer in 2019 erhöht würden. Der Stadtrat habe allerdings abgelehnt, diese Steuern zu erhöhen und stattdessen habe er die Verwaltung aufgefordert, einen neuen überarbeiteten Haushaltsentwurf vorzulegen, der ohne Steuererhöhungen auskäme. In der März-Sitzung wurde ein neuer Entwurf vorgestellt, der einige Kürzungen bei den Ausgaben und verschiedene Einnahmesteigerungen vorweisen konnte. Bei der Gewerbesteuer musste der Ansatz nochmals reduziert werden, da mittlerweile neue Gewerbesteuermessbescheide des Finanzamtes vorlagen. Ursprünglich wurde mit 20 Mio. Euro-Einnahmen für die Gewerbesteuer geplant, man musste den Betrag allerdings auf 18 Mio. Euro reduzieren. Hieraus ergebe sich dann nochmals eine Ergebnisverschlechterung von 1,7 Mio. Euro. Dies resultiere daraus, dass, wenn die Gewerbesteuer zurückgehe sich die Gewerbesteuerumlage, die abgeführt werden müsse, sich ebenfalls reduziere. Letztendlich sehe es so aus, dass im Ergebnisplan ein Defizit von rd. 8,7 Mio. Euro in 2019 entstehe und in 2020 ein Defizit von rd. 10,8 Mio. Euro. Die Tendenz in den kommenden Jahren sei steigend. Ähnlich sehe es in den zahlungsbezogenen Ein- und Auszahlungen aus. Man sei beim Landesverwaltungsamt gewesen. Hier sei es so, dass gem. dem Krediterlass die Kreditgenehmigung unter dem Gesichtspunkt einer geordneten Haushaltswirtschaft erteilt oder halt versagt werden soll. Die Kreditaufnahme sei in der Regel zu versagen, wenn die Kreditverpflichtungen mit der dauernden Leistungsfähigkeit der Gemeinde nicht im Einklang stände. Hier sähe das Landesverwaltungsamt auch das Problem in Völklingen. Gem. der mittelfristigen Finanzplanung steige das jährliche zahlungsbezogene Defizit der Stadt bis 2023 auf über 10 Mio. Euro jährlich. Hiervon entfallen rd. 4 Mio. Euro auf die Tilgung von Investivkrediten und rd. 3 Mio. Euro auf die Zinsen für die Kredite, wobei das zahlungsbezogene Defizit Ende 2024 eigentlich bei 0 liegen müsse. Über das Jahr 2024 hinaus, sollten nur noch Überschüsse erwirtschaftet werden. Für das Landesverwaltungsamt sei derzeit nicht erkennbar, wie die Stadt Völklingen dieses Ziel erreichen sollte. Unter diesen Gesichtspunkten war das Landesverwaltungsamt, was die Kredite in den kommenden Jahre betreffe, auch sehr zurückhaltend. Normalerweise stünde der Stadt Völklingen ein Kredit von 1,775 Mio. Euro zu, hinzu kämen noch Sonderkredite, so dass letztendlich für 2019 ein Kreditvolumen von 5 Mio. Euro und für 2020 ein Kreditvolumen von rd. 3,4 Mio. Euro als akzeptabel anerkannt wurde. Im derzeitigen Entwurf des Investitionsprogramm für 2019 habe man ein Kreditvolumen von ca. 13,4 Mio. Euro und in 2020 ein Kreditvolumen von ungefähr

8,7 Mio. Euro. d. h. man habe in diesem Jahr ungefähr 8,5 Mio. Euro mehr und in 2020 ca. 5 Mio. Euro mehr im Investitionsprogramm als vom Landesverwaltungsamt als zulässig angesehen. Wobei von Seiten des Landesverwaltungsamtes darauf hingewiesen wurde, dass bezüglich der Kreditgenehmigung das Ministerium für Inneres, Bauen und Sport das letzte Wort habe.

ORM Stähly möchte wissen, ob die vorgegebenen Saarlandpaktkredite ein feststehender Betrag seien, der auch zugesichert sei?

Herr Groß erklärt, dass das Land ungefähr die Hälfte der Kassenkredite übernehmen werde. Wie dies jedoch genau geschehen soll, sei gesetzlich noch nicht festgelegt.

Der Vorsitzende fasst das Investitionsprogramm, was den Gemeindebezirk Ludweiler betrifft, zusammen. Unter TOP 7.4 Budgetierung der Völklinger Grundschulen sei ihm aufgefallen, dass an 4 Grundschulen Überschüsse und an 5 Grundschulen Defizite erwirtschaftet wurden. Ihn interessiere hier, ob die Ludweiler Grundschule hiervon betroffen sei.

ANMERUNG: ORM Stambene nimmt ab 18.27 Uhr an der Sitzung teil, anwesend sind nunmehr 10 stimmberechtigte ORM.

Der Vorsitzende möchte wissen, ob unter dem Posten „Öffentliche Kinderspielplätze – Beschaffung von Spielgeräten“ unter dem Ansatz von jeweils 40.000 Euro in 2019 bzw. 2020 auch Ludweiler Spielplätze betroffen sind. Er bittet, dies dem Ortsrat mitzuteilen.

Der Vorsitzende erklärt, dass der SV 08 darum gebeten habe, im Rahmen von Energiesparmaßnahmen in der Zuwegung und den Kabinen selbst bewegungsmeldergesteuerte Leuchtmittel anzubringen. Er bittet darum, dass die Stadt dies prüfe.

Der Vorsitzende spricht den Ausbau der Gehwege Händelstraße an. Es habe ihn überrascht, dass dort Mittel im Zusammenhang mit Kanalbaumaßnahmen angemeldet wurden. Dies sei dem Ortsrat noch nicht bekannt gewesen. Im Jahre 2021 handele es sich um eine Auszahlung von 20.000 Euro und 2022 eine Auszahlung von 80.000 Euro. In den späteren Jahren handele es sich um eine Einzahlung von 60.000 Euro. Auch dies sollte der Ortsrat weiterhin im Auge behalten und auch darauf bestehen, eine Bürgerinformation durchzuführen.

ORM Bohner gibt an, dass linksseitig die Bürgersteige schon geteert seien aufgrund des Breitbandausbaues. Ihn interessiere dahingehend, auf welcher Seite die Bürgersteige wieder aufgerissen werden sollen. Er bittet auch darum, dass die Tiefbauabteilung dies dem Wasserzweckverband weitergeben solle.

Der Vorsitzende bittet um Mitteilung, ob die Umsetzung der Lauterbach-Studie weitergeführt und auf Ludweiler ausgedehnt werden könne.

Herr Groß gibt an, dass die Kosten, die aufgeführt seien, nur der Anfang seien, und diese bisher noch nicht endgültig ermittelt seien.

Der Vorsitzende bittet darum, die Studie nochmals zu aktualisieren und Ludweiler mitaufzunehmen.

ORM Stähly möchte wissen, ob es die finanzielle Möglichkeit gäbe, einen Ludweiler-

Rundwanderweg anlegen zu lassen.

Herr Groß sieht hierzu eigentlich keine große Chance. Letztendlich wäre es eine Entscheidung des Hauptausschusses bzw. des Stadtrates.

ORM Stähly ist der Meinung, dass diese Maßnahme eine Machbarkeitsstudie nach sich ziehen werde, die man unter Umständen auch über LEADER einfordern könne.

Der Vorsitzende steht dem aufgeschlossen gegenüber und spricht sich dafür aus, diese Maßnahme mit in die Konzeptionierung aufzunehmen, allerdings sehe er bei der derzeitigen Haushaltslage keine große Chance, dass diese Maßnahme umgesetzt werde.